

Insolvenzen in Europa

■ Jahr 2006/07

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

| | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Einleitung | 1 |
| 2 | Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2006 | 2 |
| 2.1 | Unternehmensinsolvenzen | 2 |
| 2.2 | Privatinsolvenzen | 7 |
| 3 | Die Finanzierung | 12 |
| 4 | Konjunktur und Insolvenzen | 16 |
| 5 | Länderberichte | 19 |
| 5.1 | Deutschland | 19 |
| 5.2 | Großbritannien | 20 |
| 5.3 | Italien | 21 |
| 5.4 | Spanien | 22 |
| 5.5 | Frankreich | 23 |
| 6 | EU-Osterweiterung: Neue Mitgliedsländer | 25 |
| 7 | Insolvenzen in Japan und den USA | 27 |
| 7.1 | Japan | 27 |
| 7.2 | USA | 28 |
| 8 | Zusammenfassung | 30 |

Verzeichnis der Informationsquellen

■ 1 Einleitung

Der Aufschwung in den Industrieländern hat im Verlauf des Jahres 2006 an Fahrt verloren, wobei das Weltwirtschaftswachstum weiterhin robust verläuft. Dabei zeigten sich zwischen den großen Wirtschaftsräumen unterschiedliche Tendenzen. Während sich die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten in den USA und in Japan verringerte, festigte sich der Aufschwung in Europa zusehends.

Die Europäische Kommission rechnet für 2006 mit einem Wirtschaftswachstum in der EU von 2,8 Prozent und im Euro-Gebiet von 2,6 Prozent. Deutschland hat nach ersten Ergebnissen wieder aufgeholt und liegt mit einer Zuwachsrates des Bruttoinlandsproduktes von real 2,5 Prozent knapp unter dem Schnitt der EU-25. Im Vorjahr gehörte Deutschland mit nur 0,9 Prozent BIP-Steigerung noch zu den Schlusslichtern der EU.

Breiter Aufschwung

Die ausschlaggebenden Faktoren für das verstärkte Wachstum in Europa sind ein ungebrochener Anstieg der Inlandsnachfrage, insbesondere bei den Investitionen, die im ersten Halbjahr aufs Jahr umgerechnet um 6 Prozent anstiegen, sowie das anhaltend gute weltweite Wirtschaftswachstum. Die Ausgaben der Verbraucher nahmen infolge einer verbesserten Situation am Arbeitsmarkt schrittweise zu. Die Exporte wurden von der Weltwirtschaft gestützt.

Für die hier untersuchte Entwicklung der Insolvenzen in Europa, Japan und den USA sind aber nicht nur konjunkturelle und finanzielle Begebenheiten Einfluss nehmend, sondern auch gesetzliche Rahmenbedingungen und kulturelle Besonderheiten. Bereits zum 17. Mal untersucht Creditreform nachfolgend die Insolvenzentwicklung in insgesamt 27 Ländern.

■ 2 Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2006

2.1 Unternehmensinsolvenzen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den EU-17 Staaten ist das zweite Mal in Folge rückläufig: Waren 2005 noch insgesamt 154.510 Fälle zu beklagen, sank die Zahl im Jahresverlauf um 8,5 Prozent auf 141.448 betroffene Unternehmen.

Während die Unternehmensinsolvenzen in den Jahren 2002 bis 2004 stetig auf mehr als 155.000 betroffene Betriebe zunahmen, ist seit dem Jahr 2004 ein rückläufiger Trend zu konstatieren.

Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa

| ■ | 2006 | 2005 | 2004 | 2003 | 2002 | Veränderung 2005/06 in Prozent |
|-----------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--------------------------------------|
| Belgien | 7.455 | 7.878 | 7.836 | 7.593 | 7.222 | - 5,4 |
| Dänemark | 1.987 | 2.497 | 2.620 | 2.506 | 2.469 | - 20,4 |
| Deutschland | 31.300 | 36.850 | 39.270 | 39.470 | 37.620 | - 15,1 |
| Finnland | 2.350 | 2.278 | 2.385 | 2.769 | 2.885 | + 3,2 |
| Frankreich | 38.369 | 41.930 | 40.776 | 38.296 | 37.987 | - 8,5 |
| Griechenland | 520 | 580 | 577 | 480 | 489 | - 10,3 |
| Großbritannien ¹ | 13.777 | 13.462 | 12.813 | 14.815 | 17.094 | + 2,3 |
| Irland | 296 | 327 | 321 | 346 | 379 | - 9,5 |
| Italien ² | 15.900 | 17.150 | 17.500 | 16.000 | 16.000 | - 7,3 |
| Luxemburg | 634 | 682 | 665 | 655 | 695 | - 7,0 |
| Niederlande | 6.052 | 6.780 | 6.648 | 6.386 | 6.489 | - 10,7 |
| Norwegen | 1.913 | 2.175 | 2.683 | 3.084 | 2.603 | - 12,0 |
| Österreich | 6.854 | 7.136 | 6.328 | 5.643 | 5.281 | - 4,0 |
| Portugal | 3.400 | 3.300 | 3.123 | 2.980 | 2.092 | + 3,0 |
| Schweden | 5.264 | 5.865 | 6.588 | 7.099 | 6.892 | - 10,2 |
| Schweiz | 4.528 | 4.751 | 4.955 | 4.539 | 4.002 | - 4,7 |
| Spanien | 849 | 869 | 561 | 646 | 629 | - 2,3 |
| Gesamt | 141.448 | 154.510 | 155.649 | 153.307 | 150.828 | - 8,5 |

Aktuell weisen nur noch drei der betrachteten 17 Länder überhaupt steigende Insolvenzen auf – und bei

¹ Aufgrund eines redaktionellen Versehens enthielt eine Teilaufgabe unserer letztjährigen Analyse für das Jahr 2005 eine falsche Zahlenangabe (10.344).

² Änderung der Datenquelle: Statt vom Justizministerium bezieht Creditreform Italien die Daten nun vom Handelsregister (natürliche Personen als Gesellschafter werden hier ebenfalls in der Insolvenzstatistik geführt).

allen liegen die Steigerungsraten im moderaten einstelligen Bereich. Den größten Anstieg der Unternehmensinsolvenzen meldet Finnland mit einem Plus von 3,2 Prozent auf 2.350 betroffene Unternehmen, gefolgt von Portugal mit 3.400 Unternehmensinsolvenzen, was einer Steigerung um 3,0 Prozent entspricht. Ebenfalls steigende Unternehmensinsolvenzen kommen aus Großbritannien. Hier meldeten im vergangenen Jahr 13.777 Betriebe ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch den Gerichten, was einem Zugang von 2,3 Prozent entspricht (Vorjahr: 13.462).

Finnland ist ein hoch entwickeltes Industrieland, dessen BIP-Wachstum für 2006 mit 4,9 Prozent geschätzt wird. Die Wirtschaft entwickelte sich dank wachsendem Außenhandel und breiter Binnennachfrage positiv. Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 7,9 Prozent. Der Haushalt 2006 hat einen Umfang von 39,6 Mrd. Euro. Trotz der Einkommens- und Unternehmenssteuerreform von 2005 schließt das Budget immer noch mit einem geringen Haushaltsüberschuss ab. Die Finanzausstattung der Kommunen verschlechtert sich wegen der Kostensteigerungen für die öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheit/Soziales). Die Insolvenzquote in Finnland liegt mit 97 Insolvenzen pro 10.000 existenten Unternehmen über dem EU-Durchschnitt von 65, wie Tabelle 2 zeigt.

Auch Portugal gehört zu den wenigen Ländern, die eine leicht steigende Tendenz bei den Insolvenzen aufweisen, liegt mit 27 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen aber deutlich unter dem EU-17 Schnitt. Portugal macht derzeit eine Phase schwieriger wirtschaftlicher Entwicklung durch. Nach einer vorübergehenden, durch die Fußball-Europameisterschaft geförderten wirtschaftlichen Erholung im ersten Halbjahr 2004 rutschte das Land in der zweiten Jahreshälfte wieder in eine Rezession. Im Jahr 2005 betrug das Wirtschaftswachstum nach vorläufigen Berechnungen nur 0,3 Prozent. Für 2006 wird mit einem Wachstum des BIP von maximal 1,0 Prozent gerechnet. Insbesondere die Arbeitslosigkeit wird nachhaltig ansteigen, da viele Unternehmen, etwa in der Textilbranche, deren Engagement in Portugal in erster Linie auf den niedrigen

Probleme am Rande Europas

Arbeitskosten beruhte, eine Verlagerung ihrer Produktion in andere, billigere Länder angekündigt haben.

Großbritanniens Wirtschaftswachstum für 2006 wird mit 2,6 Prozent veranschlagt. Die Dynamik der britischen Volkswirtschaft wird wesentlich durch einen starken Dienstleistungssektor geprägt. Insbesondere der Finanzsektor trägt überdurchschnittlich zum Wachstum bei. Die Abkühlung des hoch bewerteten privaten Immobilienmarktes (siehe hierzu auch Kapitel 5.2) ging zuletzt mit einer Abschwächung des Konsums der Verbraucher einher. Trotz der leichten Zunahme der Unternehmensinsolvenzen in Großbritannien liegt das Land mit einer Insolvenzquote von 69 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen im EU-Durchschnitt.

Tab. 2: Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern

| ■ | Insolvenzen je 10.000 Unternehmen |
|----------------|-----------------------------------|
| Spanien | 3 |
| Griechenland | 7 |
| Italien | 26 |
| Portugal | 27 |
| Irland | 30 |
| Norwegen | 60 |
| Großbritannien | 69 |
| Finnland | 97 |
| Schweden | 99 |
| Belgien | 105 |
| Deutschland | 106 |
| Dänemark | 109 |
| Niederlande | 124 |
| Schweiz | 135 |
| Frankreich | 149 |
| Österreich | 190 |
| Luxemburg | 239 |
| Gesamt | 65 |

**Relative Insolvenz-
betroffenheit**

Den deutlichsten Rückgang der Unternehmensinsolvenzen zeigt mit minus 20,4 Prozent Dänemark. Muss-ten im vergangenen Jahr noch knapp 2.500 Unternehmen den Gang zum Insolvenzrichter antreten, sind

es 2006 nur noch knapp 2.000 Unternehmen (das entspricht in etwa dem Insolvenzaufkommen der Stadt Köln mit insgesamt 1.800). Dänemark liegt bei den wichtigsten Wirtschaftskennzahlen in der europäischen Spitzengruppe und befindet sich momentan in einer Boomphase. Noch vor wenigen Jahren war das Wachstum eher gering, seit 2003 hat es an Fahrt gewonnen und beträgt 2006 2,7 Prozent. Die Arbeitslosigkeit hat stark abgenommen und ist auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren. 2006 sind nur noch 127.000 Menschen arbeitslos, das entspricht 4,4 Prozent der Erwerbspersonen. Die dänische Volkswirtschaft beklagt in einem zunehmenden Maße den Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an Fachkräften. Dänemark hat das System der so genannten "Flexicurity" (flexibility + security) entwickelt, der Arbeitsmarkt ist einer der beweglichsten in Europa. So gibt es zum Beispiel fast keinen Kündigungsschutz, während der Staat gleichzeitig seine Bürger mit hohen Sozialleistungen absichert.

Auf Platz zwei der Länder mit den am deutlichsten rückläufigen Unternehmensinsolvenzen liegt Deutschland. Um 15,1 Prozent ging die Zahl der Konkurse im Jahresverlauf zurück. Insgesamt meldeten im vergangenen Jahr 31.300 Betriebe ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch, im Jahr zuvor waren es noch 36.850 Unternehmen. Mit 106 Insolvenzen pro 10.000 aktiven Unternehmen liegt Deutschland aber nach wie vor über dem EU-17-Schnitt von 65 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen (Näheres dazu im Kapitel 5.1).

Platz drei der Länder mit den deutlichsten Rückgängen bei den Unternehmensinsolvenzen belegt mit Norwegen erneut ein skandinavisches Land. Um 12,0 Prozent nahm das Insolvenzaufkommen im Jahresverlauf ab – aktuell meldeten 1.913 Betriebe Konkurs an (2005: 2.175). Auch insgesamt liegt das Insolvenzaufkommen mit 60 Konkursen pro 10.000 Unternehmen unter dem europaweiten Durchschnitt. Die norwegische Volkswirtschaft unterscheidet sich grundlegend von anderen europäischen Volkswirtschaften. Innerhalb einer Generation hat Norwegen als Folge der Erschließung der Öl- und Gasreserven einen wirtschaftli-

Deutschland stabilisiert sich

chen Quantensprung vollzogen. Aus einem der ärmeren westeuropäischen Länder wurde der weltweit drittgrößte Ölexporteur mit Vollbeschäftigung, hohen Leistungsbilanz- und Haushaltsüberschüssen sowie einem der höchsten Bruttoinlandsprodukte pro Kopf (2005: 51.500 Euro). Im Jahr 2006 avancierte Oslo zur teuersten Hauptstadt der Welt. Unter Überspringung der Phase umfassender Industrialisierung entwickelt sich im Königreich eine Dienstleistungsgesellschaft, deren Wohlstand maßgeblich von einem einzigartigen Mix von Rohstoffen abhängt (Öl, Gas, Fisch, Holz).

Die höchste relative Insolvenzbetroffenheit (Zahl der Unternehmen im Verhältnis zur Zahl der Insolvenzen) weisen die Länder Luxemburg (239 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen), Österreich (190) und Frankreich (149) auf. Traditionell hat Spanien (3) die Spitzenposition im Insolvenzquotenranking, was aber weniger mit einer florierenden Wirtschaft als vielmehr mit einem nicht funktionierenden Insolvenzrecht für Kleinbetriebe zu erklären ist (siehe hierzu auch Kapitel 5.4).

Kleingewerbe ohne Insolvenz

Mit 520 Insolvenzen insgesamt kommt Griechenland auf eine Insolvenzquote von 7 Fällen pro 10.000 aktive Unternehmen, liegt damit beträchtlich unter dem EU-Durchschnitt und wird nur noch von Spanien überboten. Dieses sehr geringe Insolvenzaufkommen lässt darauf schließen, dass – ähnlich wie in Spanien – insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen nicht das gesetzlich gebotene Verfahren in Anspruch nehmen, sondern sich mit ihren Gläubigern außergerichtlich einigen, bzw. den Geschäftsbetrieb einfach einstellen. Dasselbe gilt im Prinzip für die beiden nachfolgenden Mittelmeeranrainer Italien und Portugal.

Die hohe Insolvenzquote in Schweden (99 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen) erklärt der schwedische Ökonom Klas Buttwill mit dem hohen Insolvenzanteil solcher Unternehmen, die keinerlei Beschäftigte aufweisen. Diese werden in den Statistiken anderer Länder in der Regel als Privatinsolvenz geführt. Dies erklärt auch die Tatsache, warum es in Schweden auffallend wenig Privatinsolvenzen gibt (siehe dazu auch Kapitel 2.2).

Die Insolvenzquote der EU-17-Staaten insgesamt sank im Jahresverlauf von durchschnittlich ehemals 77 auf 65 ab.

2.2 Privatin insolvenzen

Während sich die Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa auf dem Rückzug befinden, entwickeln sich die Konkurse von natürlichen Personen in die entgegengesetzte Richtung: Die Privatin insolvenzen in den Ländern, die ein Entschuldungsverfahren für Verbraucher institutionalisiert haben und ihre Zahlen veröffentlichen, haben im vergangenen Jahr deutlich um 30,7 Prozent zugenommen. Insgesamt knapp 257.000 Privatpersonen meldeten 2006 ihren wirtschaftlichen Bankrott an und erstreben eine Entschuldung. Großbritannien liegt mit einem Zuwachs von 47,2 Prozent an der Spitze, auf Platz zwei folgt bereits Deutschland mit einem Plus von 22,1 Prozent auf 121.800 Betroffene. Gegen den Trend stemmen sich die Niederlande (minus 2,5 Prozent), aber vor allem die beiden skandinavischen Länder Norwegen (minus 24,7 Prozent auf 1.077 Betroffene) und Schweden (minus 15,4 Prozent auf 385 Betroffene). Dabei ist für Schweden allerdings die bereits im vorigen Kapitel erwähnte statistische Besonderheit zu beachten, die die geringe absolute Zahl der Privatin insolvenzen erklärt. Hinzu kommt, dass das schwedische Recht es bislang erlaubte, Anträge auf Entschuldung zurückzuweisen, wenn Anzeichen für eine verantwortungslose Kreditaufnahme durch den Schuldner erkennbar waren. „Bislang“ deshalb, weil das schwedische Konkursrecht zum 1.1.2007 eine Reformierung erfahren hat und im Zuge dessen der verbreiteten Kritik Rechnung getragen wurde, dass die für die Zurückweisung zuständige Behörde in Schweden die Möglichkeit der Zurückweisung häufig aus „generalpräventiven Gründen“ nutzte. Diese Option wurde im neuen Insolvenzrecht abgeschafft.

Boom der Privatin insolvenzen

Tab. 3: Privatinsolvenzen in Europa

| ■ | 2006 | 2005 | 2004 | Veränderung 2005/06 in Prozent |
|----------------|----------------|----------------|----------------|--------------------------------------|
| Deutschland | 121.800 | 99.720 | 78.990 | + 22,1 |
| Großbritannien | 116.929 | 79.426 | 48.105 | + 47,2 |
| Niederlande | 3.227 | 3.311 | 2.611 | - 2,5 |
| Norwegen | 1.077 | 1.431 | 1.614 | - 24,7 |
| Österreich | 7.583 | 6.462 | 5.627 | + 17,3 |
| Schweden | 385 | 455 | 406 | - 15,4 |
| Schweiz | 5.840 | 5.714 | 5.469 | + 2,2 |
| Gesamt | 256.841 | 196.519 | 142.822 | + 30,7 |

Auch bei den Privatinsolvenzquoten liegt Deutschland im europäischen Vergleich nach Großbritannien (20 Insolvenzen pro 10.000 Einwohner) auf Platz zwei (15 Insolvenzen pro 10.000 Einwohner). Im internationalen Vergleich liegt nur noch die Insolvenzquote der USA (19 Insolvenzen pro 10.000 Einwohner) höher als die deutsche.

Tab. 4: Insolvenzquoten (Privatpersonen) in den einzelnen westeuropäischen Ländern

| ■ | Insolvenzen je 10.000 Privatpersonen |
|----------------|---|
| Schweden | 0,4 |
| Niederlande | 2 |
| Norwegen | 2 |
| Schweiz | 8 |
| Österreich | 9 |
| Deutschland | 15 |
| Großbritannien | 20 |
| Gesamt | 14 |

Dass die Privatinsolvenzen trotz ihrer teils enormen Zunahmen nur die Spitze des Eisbergs der überschuldeten Personen in Europa bilden, wird deutlich, wenn man sich die Überschuldungsquoten der einzelnen Länder vergegenwärtigt. Doch zunächst zur Definition: Überschuldung liegt in der Regel dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen auch in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes

weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Negativ-Spitzenreiter mit einer Überschuldungsquote (überschuldete Personen bezogen auf die Gesamtzahl der erwachsenen Einwohner in einem Land) von 12,7 Prozent sind im internationalen Vergleich die USA (26,4 Millionen Personen) – gefolgt von Deutschland mit einer Überschuldungsquote von 10,7 Prozent (7,2 Millionen Personen) und Großbritannien mit 7,6 Prozent (3,6 Millionen Personen). Frankreich, Schweden und die Niederlande weisen Überschuldungsquoten zwischen drei und vier Prozent auf.

Die – auch im internationalen Vergleich – sehr hohe Überschuldungsquote Deutschlands ist umso bedenklicher, wenn man sich vor Augen führt, dass sowohl Großbritannien als auch die USA für das Modell der „open credit economy“ stehen, in der der Konsumentkredit als Instrument verstanden wird, das den Wohlstand des Verbrauchers fördert und zu dem er möglichst ungehinderten Zugang haben muss. Das Konkursverfahren dient nach diesem Verständnis dazu, die Funktionsfähigkeit des Marktes wiederherzustellen. Aus diesem Grund sind auch die Wohlverhaltensperioden beider Länder (siehe Tabelle 5) vergleichsweise kurz. Der gewährte Schuldenerlass ist wiederum Voraussetzung für die gewünschte erneute Teilnahme der Person am Geld- und Kreditmarkt.

Warten auf die Restschuldbefreiung

Tab. 5.: Dauer bis zur Restschuldbefreiung im Ländervergleich

| ■ | Verfahrensdauer / Zeitpunkt der Restschuldbefreiung |
|----------------|---|
| Deutschland | 6 Jahre |
| USA | Verfahrensende nach rund zwei Monaten |
| Großbritannien | spätestens nach 12 Monaten |
| Frankreich | nach maximal 24 Monaten |
| Schweden | 5-jähriges Verfahren, Verkürzung nach Einzelfallprüfung |
| Niederlande | mindestens 3-jähriger bis maximal 5-jähriger Zahlungsplan |

Quelle: Schuldenreport 2006

Schweden und die Niederlande, aber eben auch Deutschland sind dagegen stärker dem Wohlfahrts- und Sozialstaatsgedanken verbunden. In beiden Ländern genießt der Schutz des Individuums bei unverschuldeten ökonomischen und sozialen Krisen grundsätzlich Vorrang vor der Marktregulierung.

Von Überschuldung betroffen sind vor allem allein lebende bzw. allein erziehende Personen mit niedrig dotierten Beschäftigungsverhältnissen oder ohne Beschäftigungsverhältnis. Dennoch gibt es zwischen den einzelnen Ländern teilweise deutliche Unterschiede in der Struktur des sozialen Hintergrundes der überschuldeten Privatpersonen. So liegt die durchschnittliche Schuldenhöhe in Schweden mit 50.000 Euro sehr hoch, während sie in den Niederlanden mit 17.000 Euro vergleichsweise gering ausfällt. In Deutschland hat die Mehrheit der überschuldeten Privathaushalte in den neuen Bundesländern Schulden unter 10.000 Euro – in den alten Bundesländern haben sich mehrheitlich Schulden zwischen 10.000 und 25.000 Euro angesammelt. In Großbritannien liegt die durchschnittliche Schuldenhöhe bei 26.800 Pfund. Auch das verfügbare Einkommen zeigt teilweise deutliche Unterschiede: So stehen den Betroffenen in Großbritannien durchschnittlich 945 Euro zur Verfügung, in den Niederlanden sind es knapp 1.000 Euro, in Schweden 1.500 Euro und in den USA 1.540 bis 1.925 Euro.

Unterschiedliche Schuldenhöhen

Die Ursachen für Überschuldung unterscheiden sich in den betrachteten Ländern nur wenig voneinander. Insbesondere Arbeitslosigkeit, Scheidung, Krankheit (Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit) und zu hohe Kreditverpflichtungen im Verhältnis zum Einkommen können als die Hauptgründe für ein „Hinübergleiten“ von der wirtschaftlich gewollten Verschuldung in die Überschuldung ausgemacht werden.

Für die USA und Großbritannien sind Besonderheiten in der Verfahrensstruktur festzuhalten: Vor allem in den USA, aber auch im Vereinigten Königreich, wirken sich eine Erkrankung und die mit der medizinischen Behandlung und Rehabilitation verbundenen Kosten, die

die Bürger in diesen Ländern häufig ganz oder teilweise aus der eigenen Tasche aufbringen müssen, als bedeutsam für die Überschuldung aus. Nach einer im Februar 2005 veröffentlichten Studie der Harvard Universität bildeten medizinische Behandlungskosten in 46,2 Prozent der insolventen Privathaushalte den (Mit-)Auslöser für das Konkursverfahren.

Zudem haben Kreditkartenschulden in den USA eine größere Bedeutung als in Deutschland. 2003 hatte in den USA jeder Karteninhaber einen offenen Saldo von durchschnittlich 8.500 Dollar. Sie führen durch meist nur den monatlichen Mindestzahlungen entsprechende Tilgungen (2 bis 3 Prozent der Kreditsumme) zu einer „Explosion“ der Kreditkartenschulden. Ein offener Kreditkartensaldo von 3.000 Pfund, der mit einem für Großbritannien typischen Kreditkartenzins von 17,9 Prozent verzinst wird, wäre bei einer zweiprozentigen Tilgung erst in 40 Jahren ausgeglichen (einschließlich Zinsen und Verspätungszuschlägen).

Freie Bahn für Wucher

Die USA und Großbritannien weisen einen so genannten zweiten Kreditmarkt auf. Dieses „weitgehend unreglementierte Marktsegment“ ist durch eine deutlich schwächere Finanzaufsicht und Lücken beim Schutz vor Wucherzinsen entstanden. Hauptkundengruppe sind einkommensschwache Haushalte ohne Zugang zu den „guten Produkten“ des ersten Kreditmarkts. Sie erhalten über den zweiten Markt zwar überhaupt Geld, allerdings mit zum Teil extrem hohen Zinsen. Zinssätze bei Pfandhäusern in den USA zwischen 30 und 300 Prozent sind dabei die Regel. Unseriöse Geldverleiher in Großbritannien verlangen Zinssätze von 100 bis zu 500 Prozent.

Die kurzen Phasen vor der Restschuldbefreiung insbesondere in Frankreich und Großbritannien haben findige Unternehmer auf überraschende Geschäftsideen gebracht. Grund ist ein Beschluss des Bundesgerichtshofes aus dem Jahre 2001 in dem es sinngemäß heißt, dass eine in einem EU-Mitgliedsland erworbene Restschuldbefreiung auch im Inland anzuerkennen sei. Der Vorteil liegt auf der Hand: Restschuldbefreiung nach 18-24 Monaten anstelle von 6 Jahren. Knack-

punkt ist allein, dass sich etwa ein französisches Gericht als zuständig für die Restschuldbefreiung erklären muss. Und das tut es nur, wenn der „Mittelpunkt des Lebensinteresses“ zum Zeitpunkt der Antragsstellung in Frankreich lag. Heißt also: Wohnung oder Arbeitsstätte in Frankreich und permanenter Aufenthaltsort (mindestens sechs Monate) dort. Mangels Meldefrist muss in Frankreich der Beweis des permanenten Aufenthalts durch Vorlage von Mietzahlungen, Telefon-, Heizkosten- oder Stromabrechnungen geführt werden. Detaillierte Informationen zu den rechtlichen Voraussetzungen kann man sich unter der Internet-Adresse www.firma-ausland.de zum Preis von 149 Euro bestellen. Das so genannte „Infopaket FranzInso inklusive Sonderdienste“ wie Wohnungsangebote zufaxen, polizeiliche Anmeldung etc. kostet 990 Euro.

■ 3 Finanzierung

Das ifo-Institut untersuchte in einem Bericht den Zusammenhang zwischen der unterschiedlichen Höhe von Unternehmensinsolvenzen im Ländervergleich. Ein Ansatzpunkt bestand darin, das unterschiedliche Niveau auf die nationale Insolvenzgesetzgebung zurückzuführen. Dabei muss beachtet werden, dass das Insolvenzrecht weit mehr beeinflusst, als nur den geregelten Marktaustritt an sich. Auch wichtige Aspekte des Unternehmensverhaltens allgemein sind von der Insolvenzgesetzgebung beeinflusst, wie etwa die Wahl der Rechtsform oder die Finanzierung von Projekten (durch Eigen- oder Fremdkapital).

Grob kann man Insolvenzgesetze in zwei Kategorien unterteilen, nämlich eher schuldnerfreundliche Gesetze und eher gläubigerfreundliche. Schuldnerfreundliche Gesetze sorgen für eine höhere Anzahl von Insolvenzen, weil sie Eigentumsrechte etablieren, die für den Schuldner von Vorteil sind. Daher dürfte ein Unternehmen bei einer schuldnerfreundlichen Gesetzgebung weniger Anreize haben, eine Insolvenz zu vermeiden, und ein insolventes Unternehmen könnte häufiger die existierenden offiziellen Regeln nutzen, die in gewisser Weise auf „seiner“ Seite stehen, als sich außerhalb mit den Gläubigern zu einigen.

Insolvenzrecht und Zahl der Insolvenzen

Die „procédure de redressement judiciaire“ in Frankreich gilt als ein sehr schuldnerfreundliches Verfahren. Entsprechend ist auch das hohe Aufkommen der Unternehmensinsolvenzen zu erklären. Auf der anderen Seite steht etwa Großbritannien mit dem „Administrative receivership“, der als ein gläubigerfreundliches Gesetz eingestuft wird. Diese These wird untermauert durch die – im Vergleich zu den meisten anderen EU-Staaten – geringe Anzahl an Unternehmensinsolvenzen.

Dass allerdings die Quoten ausstehender Forderungen und Kredite bei einer schuldnerfreundlichen Insolvenzgesetzgebung per se niedriger seien als bei einer gläubigerfreundlichen, ist nur eine auf den ersten Blick plausible Vorstellung, konstatiert das ifo. Denn Gläubiger sind grundsätzlich in der Lage, ihr Kreditvergabeverhalten den gesetzlichen Insolvenzbestimmungen anzupassen. So sind in Frankreich die Außenstände des Unternehmens besonders wichtig. Alle anderen Vermögenswerte stehen im Zweifelsfalle den Insolvenzgerichten zur Verfügung und können von ihnen auch unterhalb des Höchstgebotes verkauft werden – mit dem Ziel der Sicherung der Beschäftigung. Infolgedessen haben Frankreichs Banken ihr Kreditvergabeverhalten an das schuldnerfreundliche Umfeld angepasst und verlangen – im Vergleich zu Deutschland und Großbritannien – mehr Sicherheit pro Euro Schuld und wählen auch andere Sicherheiten.

Die Kreditfinanzierung über Banken ist sowohl in Deutschland als auch im restlichen Westeuropa nach wie vor Finanzierungsquelle Nummer eins. Dennoch erlangen alternative Finanzierungsmittel – etwa Leasing und Factoring – zunehmend an Bedeutung, was hauptsächlich daran liegt, dass die Eigenkapitalausstattung eines Unternehmens durch die flächendeckende Anwendung von Ratingverfahren der Banken und Sparkassen bei der Kreditvergabe eine immer wichtigere Rolle für den Kreditzugang und die Kreditkonditionen spielt.

Leasing und Factoring wird das Potenzial zugeschrieben, sich neben den klassischen Finanzierungsformen

***Insolvenzrecht: schuldner-
oder gläubigerfreundlich***

der Innen- und Kreditfinanzierung zu den wichtigsten alternativen Finanzierungsformen zu entwickeln. Leasing ist eine Finanzierungsform für Investitionsgüter, bei der das Investitionsobjekt von einer Leasinggesellschaft angeschafft und anschließend an den eigentlichen Nutzer gegen Zahlung eines regelmäßigen Entgeltes überlassen wird. Leasing basiert auf dem Prinzip, dass nicht das Eigentum eines Gutes, sondern dessen Nutzung wirtschaftlich entscheidend ist. Hinzu kommt, dass der Leasinggeber im Falle der Insolvenz des Leasingnehmers ein Aussonderungsrecht an der Sache hat, da sie nicht im Eigentum des Leasingnehmers steht und somit nicht zur Masse gehört. In Deutschland wuchs das Leasing-Neugeschäft um jahresdurchschnittlich 5 Prozent. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit seinem Leasing-Neugeschäft von 51 Mrd. Euro und einem Marktanteil von 19 Prozent im Jahr 2005 nur knapp hinter Großbritannien (56 Mrd. Euro und 21 Prozent Marktanteil) auf Platz zwei. Es folgen Italien (43 Mrd. Euro) und Frankreich (29 Mrd. Euro).

Liquidität schaffen

Beim Factoring veräußert das Factoring nutzende Unternehmen typischerweise Forderungen aus Lieferungen und Leistungen vor Fälligkeit an den Factor. Der Factor kauft die Forderungen zunächst mit einem Abschlag an, so fließt dem Unternehmen etwa 80 bis 90 Prozent des Nominalbetrages zu. Das Unternehmen kann sich Liquidität verschaffen und das Eigenkapital erhöhen. Im internationalen Vergleich ist – einer Studie der KfW zufolge – der Factoringmarkt in Deutschland immer noch vergleichsweise klein, obwohl er innerhalb der letzten 15 Jahre eine rasante Entwicklung hingelegt hat. Er erreichte im Jahr 2005 ein Umsatzvolumen von 55,1 Mrd. Euro und belegt mit einem Weltmarktanteil von gut 5 Prozent (Platz 6). Gemessen am BIP beträgt das Factoringvolumen hierzulande etwa 2,5 Prozent, während der europäische Durchschnitt bei 8,5 Prozent und der europäische Spitzenwert von Großbritannien bei über 13 Prozent liegt. Neben der Tatsache, dass der deutsche Factoringmarkt im Volumen deutlich hinter dem europäischen Durchschnitt zurückbleibt, weist er weitere Unterschiede zu den weiter entwickelten europäischen Märkten auf. So setzen hierzulande

nur etwa 3.200 Unternehmen Factoring als Finanzierungsinstrument ein – das sind weniger als 0,1 Prozent aller Unternehmen. In den anderen großen Volkswirtschaften in Europa (Frankreich, Großbritannien und Italien) nutzen dagegen zwischen 3 und 5 Prozent aller Unternehmen Factoring. Auch hinsichtlich der Größe der Unternehmen gibt es Unterschiede: So beträgt der durchschnittliche Factoringumsatz pro Kunde in Deutschland 17 Mio. Euro (2005), während er in Großbritannien, Italien und Frankreich mit durchschnittlich etwa 1,7 Mio. Euro (Stand: 2002) wesentlich geringer ist.

Forderungs- und Zahlungsausfälle

Tab. 6: Zahlungsverhalten in Europa in Tagen

| ■ | Zahlungs- ziele | Zahlungs- verzug | Gesamt |
|----------------|--------------------|---------------------|---------|
| Italien | 67 (67) | 23 (22) | 90 (89) |
| Frankreich | 43 (47) | 12 (11) | 55 (58) |
| Großbritannien | 34 (33) | 18 (21) | 52 (54) |
| Belgien | 34 (35) | 13 (15) | 47 (50) |
| Schweiz | 24 (25) | 16 (18) | 40 (43) |
| Österreich | 29 (29) | 10 (12) | 39 (41) |
| Niederlande | 25 (25) | 14 (15) | 39 (40) |
| Deutschland | 25(26) | 14 (14) | 39 (40) |
| Schweden | 28 (28) | 9 (9) | 37 (37) |

() = 2005

Ein weiterer Faktor, der die Unterschiede im Ausmaß der Unternehmensinsolvenzen erklären könnte, ist das allgemeine Zahlungsverhalten. Denn je länger ein Unternehmen auf seine Außenstände warten muss, desto größer ist das Risiko der eigenen Illiquidität, sofern nicht Eigenmittelpuffer zur Überbrückung der finanziellen Lücke zur Verfügung stehen.

Traditionell warten die Unternehmer in Italien am längsten auf ihr Geld. Genau drei Monate mussten italienische Unternehmer 2006 im Durchschnitt überbrücken, bis der Zahlungseingang seinen Empfänger erreichte. Im Jahr zuvor waren es noch 89 Tage und 2004 noch 87.

Vorbildlich agieren hingegen die Schweden: Innerhalb von 37 Tagen erhalten die Unternehmen dort ihre Leistungen bezahlt (Vorjahr: 37).

Auch in Deutschland verbessert sich das Zahlungsverhalten langsam: Aktuell werden Rechnungen durchschnittlich nach 39 Tagen bezahlt – im letzten Jahr waren es noch 40 Tage, und im Jahr 2004 erreichten Zahlungen erst nach 42 Tagen ihren Empfänger.

■ 4 Konjunktur und Insolvenzen

„Nach Jahren enttäuschender Ergebnisse wird die Wirtschaft der Europäischen Union 2006 einen seit zehn Jahren nicht mehr erreichten Aufschwung nehmen und 2007 und 2008 etwa dem Potenzialwachstum entsprechend weiter zulegen. Daran zeigt sich deutlich der Nutzen der Wirtschaftsreformen und der Haushaltskonsolidierungen vor dem Hintergrund einer starken Weltwirtschaft, was die Mitgliedsstaaten dazu ermuntern sollte, den eingeschlagenen Weg weiterzuerfolgen, denn nur so lassen sich ein starkes und sich auf eine breitere Basis stützendes Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze erzielen.“, erklärte das bei der Europäischen Kommission für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten zuständige Kommissionsmitglied Joaquín Almunia. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Jahr 2006 denn auch deutlich zu, was zum einen auf die günstigen Strukturreformen, aber auch auf ein wieder gewonnenes Vertrauen in die Wirtschaft zurückzuführen ist. Nach ihrem Höchststand von 9 Prozent im Jahr 2004 sowohl in der EU als auch im Euro-Raum sank die Arbeitslosenquote 2006 auf etwa 8 Prozent. Parallel dazu sank – auch aufgrund der rückläufigen Insolvenzentwicklung – die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste das dritte Jahr infolge auf 1,4 Millionen Betroffene (Vorjahr: 1,5 Millionen).

Parallele von Arbeitslosigkeit und Insolvenzen

Tab. 7: Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa

| ■ | Arbeitsplatzverluste (in Millionen) |
|------|--|
| 1999 | 1,4 |
| 2000 | 1,1 |
| 2001 | 1,4 |
| 2002 | 1,6 |
| 2003 | 1,7 |
| 2004 | 1,6 |
| 2005 | 1,5 |
| 2006 | 1,4 |

Die Häufigkeit von Insolvenzfällen hängt nicht nur von den konjunkturellen Gegebenheiten, sondern auch etwa von der durchschnittlichen Größe der Unternehmen, von der Größenverteilung, von den zur Verfügung stehenden Rechtsformen und von der Branchenstruktur ab.

Die Branchenstruktur der Insolvenzen der hier betrachteten acht Länder ist bemerkenswert ähnlich. Das Verarbeitende Gewerbe weist in allen Ländern die niedrigste Betroffenheit auf und reduzierte seinen Anteil im Durchschnitt aller Länder im Jahresverlauf noch einmal um 1,4 Prozentpunkte auf 9,1 Prozent.

***Ähnliche Branchenstrukturen
in den Ländern***

Tab. 8: Anteil der einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche in Europa 2006 (Durchschnitt)

| ■ | Insolvenzanteil |
|------------------------|-----------------|
| Verarbeitendes Gewerbe | 9,1 (10,5) |
| Bau | 22,2 (20,2) |
| Handel | 33,4 (33,2) |
| Dienstleistungen | 35,3 (36,1) |

Angaben in Prozent, () = 2005

Wie auch schon in den Jahren zuvor, stellen die Dienstleistungsbetriebe den größten Anteil am Insolvenzaufkommen, obwohl sich die Zahl binnen Jahresfrist um 0,8 Prozentpunkte auf 35,3 Prozent reduzierte. Zu beachten ist, dass das Gastgewerbe (Horeca) – anders als in der deutschen Analyse – zum Handel gerechnet wurde, einfach weil die meisten europäi-

schen Länder nach dieser Methode verfahren. Das Baugewerbe zählt – in anderen Ländern boomend – nicht zu den am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereichen, obwohl diese Branche einen Zuwachs des Insolvenzanteils verzeichnet. Aktuell kommen 22,2 Prozent (Vorjahr: 20,2 Prozent) der Konkurse aus dem Baugewerbe. Gut ein Drittel (33,4 Prozent; Vorjahr: 33,2 Prozent) der Insolvenzen ist dem Handel zuzuschreiben.

Tab. 9: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2006

| ■ | Verarb. Gewerbe | Bau | Handel * | Dienst- leistung |
|----------------|--------------------|-------------|-------------|---------------------|
| Belgien | 6,7 (8,1) | 13,4 (14,7) | 53,1 (53,9) | 26,7 (23,3) |
| Dänemark | 5,8 (11,9) | 12,9 (15,5) | 45,6 (38,1) | 35,7 (34,5) |
| Deutschland | 11,0 (10,9) | 19,3 (21,1) | 30,1 (29,2) | 39,6 (38,8) |
| Finnland | 13,5 (15,0) | 21,8 (19,9) | 28,5 (30,4) | 36,2 (34,7) |
| Frankreich | 9,1 (8,9) | 24,0 (21,4) | 33,4 (35,0) | 33,5 (34,8) |
| Großbritannien | 7,6 (17,3) | 27,6 (24,0) | 29,6 (22,1) | 35,2 (36,6) |
| Niederlande | 6,9 (11,5) | 10,8 (13,3) | 27,0 (29,5) | 55,3 (45,7) |
| Norwegen | 6,1 (10,1) | 21,7 (11,0) | 39,5 (47,4) | 32,7 (31,5) |

*) inklusive Horeca, Angaben in Prozent, () = 2005

Im Vergleich der acht Länder stellt Finnland mit 13,5 Prozent (Vorjahr: 15,0 Prozent) den größten Anteil an Insolvenzen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. In Dänemark dagegen kommen lediglich 5,8 Prozent (Vorjahr: 11,9 Prozent) der Insolvenzen aus dem Industriebereich.

Bei allen betrachteten Ländern rangieren die Bauinsolvenzen auf dem zweitniedrigsten Rang. In Großbritannien stellen sie 27,6 Prozent (Vorjahr: 24,0 Prozent) der Konkurse. Dagegen kommt in den Niederlanden nur jede zehnte Insolvenz aus diesem Bereich (10,8 Prozent; Vorjahr: 13,3 Prozent).

Beim Handel fallen die Insolvenzanteile in den einzelnen Ländern deutlicher auseinander. So kommt in Belgien mehr als jede zweite Insolvenz aus dem Handel (53,1 Prozent; Vorjahr: 53,9 Prozent); in den Niederlanden hingegen machen die Handelskonkurse noch

Industrie mit nur wenigen Insolvenzen

nicht mal ein Drittel der Gesamtinsolvenzen aus (27,0 Prozent; Vorjahr: 29,5 Prozent).

Der Dienstleistungssektor stellt in Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden den größten Anteil am Insolvenzgeschehen. Allen voran stehen die Niederlande. Hier sind 55,3 Prozent (Vorjahr: 45,7 Prozent) der Insolvenzen dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen.

■ 5 Länderberichte

5.1 Deutschland

Wenngleich bei den Gesamtinsolvenzen in Deutschland ein neuer Höchststand für das Jahr 2006 zu konstatieren ist (153.100 Fälle im Vergleich zu 136.570 aus dem Jahr 2005), haben sich doch die Unternehmensinsolvenzen mit einer Abnahme um 15,1 Prozent auf 31.300 betroffene Betriebe deutlich rückläufig entwickelt. Ursache ist zum einen die endlich angesprungene Konjunktur, die mittlerweile auch verstärkt von der Inlandsentwicklung getragen wird, so dass auch kleine Unternehmen profitieren. Zum anderen fällt aber auch die Zinsentwicklung verbunden mit einem gelockerten Kreditvergabeverhalten der Banken ins Gewicht.

Die Insolvenzen von Privatpersonen entwickeln sich hingegen in die gegenläufige Richtung: Um 22,1 Prozent stiegen die Pleiten von Verbrauchern, ehemals selbstständig Tätigen, überschuldeten Nachlässen, Stiftungen und Vereinen auf ein noch nie da gewesenes Niveau von 121.800 Fällen an.

Markanter Rückgang bei Unternehmen – steiler Anstieg der Privatinsolvenzen

Tab. 10: Insolvenzen in Deutschland

| ■ | 2006 | 2005 | Veränder. in % |
|----------------|---------|---------|----------------|
| Gesamt | 153.100 | 136.570 | + 12,1 |
| Unternehmen | 31.300 | 36.850 | - 15,1 |
| Privatpersonen | 121.800 | 99.720 | + 22,1 |

Die Unternehmensinsolvenzen sind in Ostdeutschland stärker rückläufig als im Westen. Während in den neuen Bundesländern die Zahl der Zusammenbrüche um 17,3 Prozent auf 7.300 Betriebe reduziert werden

konnte, ist in den alten Bundesländern ein Rückgang auf 24.000 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen (minus 14,3 Prozent).

Die Schäden, die insolvente Unternehmen der Volkswirtschaft zufügen, belaufen sich für dieses Jahr auf 31,1 Mrd. Euro. Damit liegt das Schadensniveau unter dem des Vorjahres von 37,5 Mrd. Euro. Auch die Zahl der von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffenen Arbeitnehmer ist rückläufig: Beliefen sich die Gesamt-arbeitsplatzverluste im letzten Jahr noch auf 563.000 Betroffene, sind es aktuell nur noch 473.000 Arbeitnehmer, deren Arbeitsplatz in akuter Gefahr ist (minus 16,0 Prozent).

5.2 Großbritannien

Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Großbritannien nur moderat um 2,3 Prozent im Jahresverlauf anstieg, ist bei den Privatpersoneninsolvenzen ein neuer Rekord zu verzeichnen: Um ganze 47,2 Prozent auf 116.929 Personen stieg die Zahl der Verbraucherkonkurse an.

Tab. 11: Insolvenzen in Großbritannien

| ■ | 2006 | 2005 | Veränder. in % |
|----------------|---------|--------|----------------|
| Gesamt | 130.706 | 92.888 | + 40,7 |
| Unternehmen | 13.777 | 13.462 | + 2,3 |
| Privatpersonen | 116.929 | 79.426 | + 47,2 |

Nach 15 Jahren Immobilienboom und Wirtschaftsaufschwung haben britische Haushalte insgesamt 1,3 Billionen Pfund angehäuft. Grund war die verführerische Kombination aus niedrigen Zinsen und steigenden Immobilienpreisen. Knapp 70 Prozent der Briten leben in den eigenen vier Wänden und finanzieren sie durch Hypothekenverträge mit durchschnittlich nur drei bis fünf Jahren Laufzeit und variablen Zinsen. Mit jeder Leitzinssenkung der Bank of England in den vergangenen 15 Jahren verringerte sich also die Zahlungslast für den Hausbesitzer, sobald er einen neuen Vertrag aushandeln konnte. Gleichzeitig wuchs der Wert der Immobilie. Millionen Eigenheimbesitzer konnten die

Gespenst des Immobilieneinbruchs

Hände in den Schoß legen und immer noch Geld verdienen. Das so Erworbene gaben sie aber nicht für die Rückzahlung der Kredite aus, sondern heizten den Konsum an. Mittlerweile, so der Analyst Matthew Czepliewicz von HSBC, „ist die Party allmählich vorüber“. Anfang August 2006 hob die Bank of England die Leitzinsen auf 4,75 Prozent an (mittlerweile steht der Leitzins bei 5,25 Prozent), und schaut man weiter auf die hohen Weltmarktpreise für Öl und Gas, wird deutlich, dass die zunehmende Belastung der britischen Haushalte für eine steigende Zahl von Verbrauchern den wirtschaftlichen Exitus bedeuten kann.

Während die britischen Banken eine Gesetzesänderung des Enterprises Act aus dem Jahr 2004 für die Rekordzahlen der Verbraucherinsolvenzen verantwortlich machen, sind sie doch selber nicht ganz unschuldig an der Misere: Tatsächlich wurde die „Wohlverhaltensperiode“ in England auf nur ein Jahr verkürzt, um gerade Kleinunternehmern einen neuen Anfang zu ermöglichen. Auf der anderen Seite aber war es die Geschäftspolitik der Banken selbst, die zu einem Kreditboom gerade bis zum Jahr 2003 führte. „Damals gab es hausinterne Memos, die alle Kundenberater dazu aufforderten, unsere Kreditprodukte an den Mann zu bringen“ erinnert sich ein Filialleiter der Barclays Bank.

Ende der Party?

5.3 Italien

Obgleich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Italien im Jahresverlauf um 7,3 Prozent auf 15.900 betroffene Unternehmen fiel, machten insbesondere die Quasi-Pleiten zweier staatlicher Verkehrsunternehmen im letzten Jahr Negativschlagzeilen und verdeutlichen die Miswirtschaft der fünfjährigen Mitte-Rechts-Regierung Silvio Berlusconis: Zum einen die der Fluglinie Alitalia und zum anderen die der italienischen Bahn Ferrovie dello Stato (FS). Zwar hatte Alitalia im ersten Halbjahr 2006 die Zahl der Passagiere um über drei Prozent auf 11,7 Millionen gesteigert, zugleich erhöhte sich der operative Verlust aber auf 131,8 Mio. Euro (Vorjahr: 83,8 Mio. Euro). Wegen der prekären Situation war die italienische Regierung, die knapp 60 Prozent an Alitalia hält, immer wieder mit

finanzieller Hilfe eingesprungen. Mitte November 2006 ließ Mauro Moretti, Chef der für den Zugverkehr verantwortlichen Tochter von FS, Trenitalia, verlauten: „Wir stehen vor dem Zusammenbruch“. Das Eisenbahndesaster überraschte in Italien niemanden, die FS verliert pro Tag 6 Mio. Euro, zum Jahresende lag der Verlust der Trenitalia bei 1,8 Mrd. Euro. Wie die Rettung der Bahn vonstatten gehen soll, ist heftig umstritten: In Rom herrscht Sparzwang und Brüssel hat ein Wörtchen mitzureden, um sicherzustellen, dass die rettenden Kapitalspritzen nicht gegen EU-Regeln verstoßen.

Tab. 12: Unternehmensinsolvenzen in Italien

| ■ | 2006 | 2005 | Veränder. in % |
|---|--------|--------|----------------|
| | 15.900 | 17.150 | - 7,3 |

Am 17. Juni 2006 trat in Italien eine Reform des Insolvenzrechtes in Kraft, in der insbesondere überkommene Vorstellungen wie der Verlust des aktiven und passiven Wahlrechtes des Gemeinschuldners und das Verbot, öffentliche Ämter zu bekleiden, aufgegeben wurden. Expertenmeinungen zufolge ist der ganz große Wurf jedoch nicht gelungen: So wurde auf eine Zusammenführung der verschiedenen Verfahren verzichtet. Nach wie vor kennt das italienische Recht nur die Insolvenz des Unternehmers, und zwar nur der Handelsunternehmer. Ausdrücklich nicht insolvenzfähig sind öffentliche Körperschaften und Kleinunternehmer – darunter fallen auch Handwerker und Bauern. Auch wurde es unterlassen, ein Verbraucherinsolvenzverfahren einzuführen – bei natürlichen Personen bleibt es so bei der Einzelzwangsvollstreckung.

Anmerkung: Statt vom Justizministerium bezieht Creditreform Italien die Daten nun vom Handelsregister (natürliche Personen als Gesellschafter werden hier ebenfalls in der Insolvenzstatistik geführt).

5.4 Spanien

In Spanien sanken die Insolvenzen im Jahresverlauf um 2,3 Prozent auf 849 betroffene Unternehmen. Die

***Nur beschränkter Zugang
zum Insolvenzverfahren***

Zahl der Insolvenzen in Spanien ist traditionell niedrig und kann mit dem Aufkommen in anderen Ländern nicht verglichen werden. Das hat sich auch nach der Insolvenzrechtsreform aus dem Jahr 2003 nicht verändert. Die spanische GmbH „Sociedad de responsabilidad Limitada“ oder kurz: S.L. kann schon mit einem Stammkapital von 3.006 Euro gegründet werden. Solche Gesellschaften werden in der Regel nicht durch ein Insolvenzverfahren aufgelöst, sondern die Geschäftsräume werden einfach verlassen, die Telefone abgemeldet und die Gesellschafter wenden sich ohne weiteres neuen Aufgaben zu.

Dennoch spiegelt die Abnahme der Insolvenzzahlen die gute Konjunktur des Mittelmeerstaates wider: Die spanische Wirtschaft wächst mit 3,4 Prozent weiterhin deutlich über dem EU-Durchschnitt. Hauptmotoren des Wachstums sind der private Konsum und die Bauwirtschaft – angetrieben durch steigende Löhne, niedrige Realzinssätze und massive öffentliche Investitionen in die Infrastruktur des Landes. Der Beitrag der Außenwirtschaft zum BIP ist dagegen negativ, da die spanischen Exporte weit hinter den Importen zurückbleiben.

Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in Spanien

| ■ | 2006 | 2005 | Veränder. in % |
|---|------|------|----------------|
| | 849 | 869 | - 2,3 |

Nach dem Konkursgesetz in Spanien wird im Falle einer Insolvenz entweder ein Vergleich zwischen dem Schuldner und seinen nicht bevorrechtigten Gläubigern geschlossen, der maximal 50 Prozent der aufgelaufenen Schulden erlässt bzw. eine Stundung für längstens fünf Jahre vorsieht, oder das Unternehmen wird liquidiert.

5.5 Frankreich

Anders als in den Jahren zuvor, sinken die Insolvenzen auch in Frankreich und liegen mit 38.369 Fällen wieder auf dem Stand von 2003. Ob dieser Trend allerdings das nächste Jahr anhalten wird, erscheint fraglich, hat doch Frankreich nach einem guten ersten Halbjahr

2006 im dritten Quartal überraschend ein Nullwachstum hingelegt. Grund für diese Wachstumsschwäche ist nach Einschätzung nahezu aller Ökonomen, dass die französische Industrie auf den Weltmärkten immer weniger mithalten kann. Einziger Lichtblick der französischen Wirtschaft ist die Konsumfreude der Franzosen – ohne sie wäre Frankreichs Wirtschaft im dritten Quartal geschrumpft. Dennoch: „Die Lage der französischen Wirtschaft bleibt prekär“, urteilt Marc Touati von der Bank Natexis. „Sie ist definitiv nicht fähig, dauerhaft mit einem Jahresrhythmus von mehr als zwei Prozent zu wachsen“. Sie wächst nicht, weil Frankreich der – in Deutschland vorhandene – innovationsstarke industrielle Mittelstand fehlt. Es gibt entweder sehr kleine oder ganz große Unternehmen. Wachstumshindernisse sind vor allem hohe Arbeitgeber-Sozialbeiträge, die Vermögenssteuer, das rigide Arbeitsrecht, die überbordende Bürokratie und die Finanzierungsprobleme kleiner Unternehmen. Zudem müssen Unternehmen ab zehn Beschäftigten einen Betriebsrat zulassen. „Deshalb belassen es sehr viele bei neun Mitarbeitern und wachsen nicht weiter“, erklärt Patrick Artus, der eine Regierungsstudie über die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie verfasst hat.

Insolvenzen rückläufig bei Stagnieren der Wirtschaft

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Frankreich

| ■ | 2006 | 2005 | Veränder. in % |
|---|--------|--------|----------------|
| | 38.369 | 41.930 | - 8,5 |

Schlagzeilen machte im vergangenen Jahr vor allem die Insolvenz des Eurotunnels, der Großbritannien mit dem französischen Festland verbindet und dessen Betreiber Anfang August Gläubigerschutz nach der französischen Variante des Chapter 11 beantragten. Eurotunnel droht unter der Last seiner 9,1 Mrd. Euro Schulden zusammenzubrechen. Seit Monaten wird mit den verschiedenen Gläubigerkreisen um ein Umschuldungsabkommen gerungen. An sich ist der Eurotunnel durchaus profitabel, rechnet man die immensen Finanzlasten aus der Bilanz.

■ 6 EU-Osterweiterung: Neue Mitgliedsländer

Die neuen EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa bauen ihren Anteil am europäischen Handel systematisch aus. Inzwischen erzielen sie jährlich zweistellige Zuwachsraten im Außenhandel. Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) erwartet für 2006 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts aller acht neuen EU-Staaten von 5,2 Prozent, nach 4,7 Prozent in 2005.

Die anhaltend gute Konjunktur sorgt dem WIIW zufolge endlich auch für eine leichte Entspannung am Arbeitsmarkt. Nach einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 13,5 Prozent im Jahr 2005 werde sie in 2006 auf 13,1 Prozent fallen.

Tab. 15: Unternehmensinsolvenzen in Osteuropa

| ■ | 2006 | 2005 | 2004 | Veränderung 2005/06 in Prozent |
|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------------------------------|
| Estland | 461 | 450 | 436 | + 2,4 |
| Lettland | 730 | 746 | 1.217 | - 2,1 |
| Litauen | 808 | 773 | 708 | + 4,5 |
| Polen | 740 | 798 | 1.147 | - 7,3 |
| Slowakei | 2.150 | 2.200 | 2.300 | - 2,3 |
| Slowenien | 1.246 | 1.383 | 1.684 | - 9,9 |
| Tschechien | 4.100 | 3.882 | 3.643 | + 5,6 |
| Ungarn | 9.447 | 7.983 | 7.804 | + 18,3 |
| Gesamt | 19.682 | 18.215 | 18.939 | + 8,1 |

Anders als in Westeuropa steigt die Zahl der Insolvenzen in Mittel- und Osteuropa insgesamt an. Mussten im vergangenen Jahr 18.215 Unternehmen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Konkurs anmelden, sind es aktuell schon 19.682, was einem Anstieg von 8,1 Prozent entspricht. Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen, aber auch den größten Zuwachs, verzeichnet Ungarn mit insgesamt 9.447 Insolvenzen und einem Anstieg um 18,3 Prozent. Sorge bereitet Wirtschafts- und Finanzkreisen das chronisch hohe Zwillingdefizit in Leistungsbilanz und Staatshaushalt in Ungarn. Während sich die Staatshaushalte in den anderen neuen

**Gründerstimmung sorgt für
mehr Insolvenzen**

EU-Staaten verbessert haben, wird Ungarn 2006 erneut deutlich über dem Maastricht-Kriterium liegen, das die Neuverschuldung auf drei Prozent des BIP begrenzt. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosenrate in Ungarn bis Ende des 2. Quartals 2006 von 7,2 auf 7,6 Prozent anstieg. Die Beschäftigungsquote liegt bei etwa 57 Prozent. Insbesondere der Nordosten des Landes ist der soziale Brennpunkt mit hoher Arbeitslosigkeit und schwacher Infrastruktur. Am 11. Juli 2006 hat die ungarische Regierung ein umfassendes Paket von Steuer- und Abgabenerhöhungen beschlossen – bleibt zu hoffen, dass dieses Sparpaket ausreicht, um das Vertrauen in die ungarische Finanzpolitik wieder herzustellen.

Ebenfalls steigende Insolvenzen melden die Länder Tschechien mit einem Plus von 5,6 Prozent auf 4.100 betroffene Unternehmen sowie die beiden Baltikumstaaten Litauen (plus 4,5 Prozent auf 808 Insolvenzen) und Estland (plus 2,4 Prozent auf 461 Insolvenzen).

Den größten Rückgang bei den Unternehmensinsolvenzen verzeichnet Slowenien. Um 9,9 Prozent auf 1.246 betroffene Betriebe sank die Zahl im Jahresverlauf ab. Die gesamte Wirtschaftspolitik in Slowenien war auf die Euro-Einführung zum 01.01.2007 ausgerichtet. Dies wird von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen, da im exportorientierten Slowenien die wirtschaftlichen Vorzüge der Zugehörigkeit zum Eurogebiet klar auf der Hand liegen. Nationalbank und Finanzministerium haben frühzeitig alle erforderlichen Weichenstellungen vorgenommen. Sloweniens Wirtschaftswachstum hat im Jahr 2005 mit 3,9 Prozent die Erwartungen weit übertroffen, getragen vor allem von dem erheblichen Anstieg der Exporte. Das Pro-Kopf-Einkommen (13.103 Euro) liegt, in Kaufkraftparitäten ausgedrückt, über dem von Portugal und Griechenland. Dank restriktiver Finanzpolitik beläuft sich das Haushaltsdefizit derzeit auf 1,29%. Für die nächsten Jahre ist ein leichter Anstieg geplant, dennoch erfüllt Slowenien hier wie auch bei der öffentlichen Verschuldung, die sich auf 29 Prozent des Bruttosozialprodukts beläuft, die Maastrichter Konvergenzkriterien.

Solide Situation in Slowenien

Tab. 16: Insolvenzquoten in den einzelnen osteuropäischen Ländern

| ■ | Insolvenzen je 10.000 Unternehmen |
|---------------|-----------------------------------|
| Polen | 2 |
| Tschechien | 51 |
| Lettland | 61 |
| Ungarn | 73 |
| Slowakei | 77 |
| Litauen | 127 |
| Estland | 136 |
| Slowenien | 136 |
| Gesamt | 32 |

Polen nimmt in Sachen Insolvenzquote die Rolle des „Spaniens des Ostens“ ein. 2 Insolvenzen pro 10.000 aktive Unternehmen ist eine völlig unglaubliche Quote und kennzeichnet die unzureichende Regelung des gesetzlichen Marktaustrittes. Slowenien und Estland liegen mit einer Quote von 136 in etwa auf dem Niveau der Schweiz (135), Lettland (61) hat in etwa die gleiche Insolvenzquote wie Norwegen (60) und Ungarn (73) und die Slowakei (77) liegen etwas über dem Niveau von Großbritannien (69), was die Zahl der Insolvenzen im Verhältnis zur Zahl der Unternehmen betrifft. Im Durchschnitt aller Länder liegt die Insolvenzquote in Mittel- und Osteuropa mit 32 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen nur halb so hoch wie in Westeuropa (65).

Insolvenzrecht noch auf dem Weg

■ 7 Insolvenzen in Japan und den USA

7.1 Japan

Ähnlich wie in Deutschland und den USA, sinken auch in Japan die Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 16,8 Prozent auf 7.905 betroffene Unternehmen ab, was einer Insolvenzquote von 12 (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) entspricht.

Die anhaltend hohe Deflation in der weltweit zweitgrößten Volkswirtschaft hatte in den vergangenen Jahren die Zinssteuerung außer Kraft gesetzt. Fünf Monate,

nachdem die Bank of Japan (BOJ) die Zinspolitik überhaupt wieder zu ihrem geldpolitischen Instrument erklärt hatte, erhöhte die nach der Bilanzsumme weltgrößte Bankengruppe Mitsubishi UFJ Financial Group ihre Prime Rate für kurzfristige Verbindlichkeiten im August auf 1,6 Prozent. Das war die erste Anhebung seit sechs Jahren.

In Fachkreisen mehrten sich zuvor die Sorgen vor einer Überhitzung der Wirtschaft, unter anderem durch zu hohe Firmeninvestitionen. Nach Angaben der „Tankan“-Umfrage der Notenbank wollten die Großunternehmen ihre Investitionen im bis Ende März 2006 laufenden Fiskaljahr um 11,6 Prozent steigern. Drei Monate zuvor lagen die Pläne noch bei unter 3,0 Prozent. Japanische Unternehmen zeigen sich damit so investitionsfreudig wie seit anderthalb Jahrzehnten nicht mehr.

Insolvenzen steigen mit den Zinsen?

Tab. 17: Unternehmensinsolvenzen in Japan

| ■ | 2006 | 2005 | Veränder. in % |
|---|-------|-------|----------------|
| | 7.905 | 9.498 | -16,8 |

Im Juni des vergangenen Jahres – also vor der Zinserhöhung – stieg die Kreditvergabe der japanischen Banken so stark wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Vor allem Kleinunternehmen bekommen wieder mehr Kredite von Banken. Damit nahmen auch die Investitionen der Kleinunternehmen zu, urteilt etwa Analyst Richard Jerram von der australischen Investmentbank Macquarie. Gerade die kleinen Unternehmen konnten sich mit billigem Geld stabilisieren wie die jüngste Insolvenzentwicklung zeigt. Ob die Zinserhöhung negative Auswirkungen auf die Zahl der Insolvenzen hat, wird erst im nächsten Jahr zu beurteilen sein.

7.2 USA

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen in den USA sank im Vergleich zum Vorjahr um deutliche 71,5 Prozent. Während das Jahr 2005 einen traurigen Negativrekord bereithielt – erstmals in der Geschichte der USA war die Zahl der Privatinsolvenzen über die Zwei-Millionen-

Marke geklettert –, markiert 2006 eine neue Bestleistung: Seit 1985 gab es nicht mehr so wenige Insolvenzen in den USA. Insgesamt wurden 591.667 Fälle den Gerichten gemeldet. Davon fielen lediglich 18.971 auf Unternehmen (minus 51,6 Prozent) und 572.696 auf Privatpersonen (minus 71,9 Prozent), welche mithilfe der bekannten Chapter 7, 11 und 13 einen fresh-start anstreben. Die Insolvenzquote (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) im Jahr 2006 in den USA beträgt 32 (nur Unternehmen) bzw. 10 (Unternehmen und Kleingewerbetreibende).

Tab. 18: Insolvenzen in den USA

| ■ | 2006 | 2005 | Veränder. in % |
|----------------|---------|-----------|----------------|
| Gesamt | 591.667 | 2.078.415 | - 71,5 |
| Unternehmen | 18.971 | 39.201 | - 51,6 |
| Privatpersonen | 572.696 | 2.039.214 | - 71,9 |

Maßgeblich verantwortlich für diesen rapiden Rückgang ist die Einführung des „Bankruptcy Abuse Prevention & Consumer Protection Act“ zum 17. Oktober 2005. Diese umfassende Reform des amerikanischen Insolvenzrechts zwingt Unternehmen, früher Sanierungsentscheidungen zu treffen und mehr Verbindlichkeiten zu bedienen, Privatpersonen müssen sich einen strengeren Blick auf ihre finanziellen Verhältnisse gefallen lassen. Der Einfluss der Gläubiger, Zulieferer und Vermieter wurde gestärkt und auch nach Betrugsfällen wird aggressiver Ausschau gehalten.

***Rechtlicher Einschnitt
bremst den Anstieg***

Nach altem Recht hatte der Schuldner quasi unbegrenzt Zeit, einen Sanierungsplan vorzulegen, und den Führungskräften des angeschlagenen Unternehmens wurden teilweise großzügige Boni bezahlt, um sie für die Restrukturierungsbemühungen „bei der Stange“ zu halten (pay-to-stay-bonus). Pächter konnten sich bis zu einem Jahr lang Zeit lassen, um sich zu entscheiden, welche Standorte geschlossen werden sollten und Lieferanten, die vor Eintritt der Insolvenz ein Unternehmen belieferten, besaßen nur sehr begrenzte Möglichkeiten, an ihr Geld zu gelangen.

Nach neuem Recht muss der Schuldner innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten einen Sanierungsplan vorlegen, andernfalls können die Gläubiger über den Plan bestimmen. Pächter müssen sich innerhalb von 210 Tagen entscheiden, ob sie einen Mietvertrag auflösen oder weiterführen wollen, und das so genannte „Bleibegeld“ für Führungskräfte wurde eingeschränkt und darf auch nur bezahlt werden, wenn nachgewiesen wird, dass die in Rede stehende Person andere, gleich gut dotierte Jobangebote hat. Lieferanten, die bis 20 Tage vor dem Konkursfall geliefert haben, müssen voll bezahlt werden oder ihre Waren zurück erhalten.

Auch nach der Reform bleibt das amerikanische Insolvenzrecht im internationalen Vergleich ein recht großzügiges Modell. Dennoch hat die Ankündigung der Gesetzesänderung zu einer wahren Flut von Anträgen kurz vor dem Stichtag geführt. Darunter auch so prominente Namen wie Northwest Airlines und Delta. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen legte – je nach Region – um 10, 20 oder sogar 50 Prozent zu. Die Unternehmensinsolvenzanträge stiegen um zuletzt elf Prozent an. Dies erklärt, warum 2005 einen Negativrekord in Sachen Insolvenzen markiert und in 2006 deutlich rückläufige Tendenzen zu beobachten sind.

Über die Schuldfrage der zuletzt enorm hohen Verbraucherinsolvenzen streiten die Gelehrten: Kreditkartenfirmen und Banken verlangen nach noch restriktiveren Gesetzen zum Schutz vor Forderungsausfällen, andere – wie etwa die Juristin Elizabeth Warren von der Harvard Universität – machen eben die großzügige Kreditvergabepraxis der Banken für die Misere verantwortlich.

„Insolvenzbubble“ vor Gesetzesänderung

■ 8 Zusammenfassung

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den EU-Staaten plus Norwegen und der Schweiz ist das zweite Mal in Folge rückläufig. Um 8,5 Prozent sank das Insolvenzaufkommen auf aktuell 141.448 betroffene Unternehmen (Vorjahr. 154.510). Nur noch drei der betrachteten 17 Länder weisen noch Zuwächse bei den

Insolvenzen auf: Den größten Anstieg meldet Finnland mit einem Plus von 3,2 Prozent auf 2.350 betroffene Betriebe. Portugal verzeichnet eine Zunahme von 3,0 Prozent auf 3.400 Insolvenzen und Großbritannien folgt auf Platz drei mit einem Plus von 2,3 Prozent auf 13.777 Unternehmenskonkurse (Vorjahr: 13.462).

Der deutlichste Rückgang der Unternehmensinsolvenzen kommt aus Dänemark. Um 20,4 Prozent reduzierte das kleine Königreich sein Insolvenzaufkommen auf jetzt knapp 2.000 Fälle (Vorjahr: 2.497). Das entspricht in etwa dem Insolvenzaufkommen der Stadt Köln insgesamt (1.800 Fälle im Jahr 2006). Sodann folgt bereits Deutschland mit einem Rückgang der Unternehmenspleiten um 15,1 Prozent. Insgesamt 31.300 Unternehmen mussten im vergangenen Jahr den Gang zum Insolvenzgericht antreten – in 2005 waren es noch 36.850. Einen deutlichen Rückgang der Konkurse verzeichnet ebenfalls Norwegen: Um 12,0 Prozent sank der Anteil der von einer Insolvenz betroffenen Unternehmen im Jahresverlauf auf 1.913 Betriebe ab (Vorjahr: 2.175).

Setzt man die Zahl der Unternehmen eines Landes ins Verhältnis zur Zahl der Insolvenzen, erhält man die Insolvenzquote. Die höchste relative Insolvenzbetroffenheit weisen die Länder Luxemburg (239 Insolvenzen pro 10.000 existente Unternehmen), Österreich (190) und Frankreich (149) auf. Traditionell die geringste Insolvenzquote hat Spanien mit aktuell 3 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen, was aber weniger an der florierenden Wirtschaft als vielmehr am Versagen der Insolvenzgesetzgebung für kleine und mittlere Unternehmen liegt. Dasselbe gilt im Prinzip für die Mittelmeeranrainer Griechenland (7), Italien (26) und Portugal (27), die allesamt mit einer extrem niedrigen relativen Insolvenzbetroffenheit aufwarten. Die Insolvenzquote der EU-17 Staaten insgesamt sank im Jahresverlauf von ehemals 77 auf 65 ab.

Während sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2006 rückläufig entwickelte, nahmen die Privatpersoneninsolvenzen in den betrachteten Ländern Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Nor-

wegen, Österreich, Schweden und der Schweiz insgesamt um deutliche 30,7 Prozent auf 256.841 betroffene Personen zu. Großbritannien liegt mit einem Anstieg um 47,2 Prozent auf 116.929 Verbraucherinsolvenzen an der Spitze. Auf Platz zwei folgt wiederum Deutschland mit einer Zunahme von 22,1 Prozent auf 121.800 betroffene Verbraucher, gefolgt von Österreich mit einem Plus von 17,3 Prozent auf 7.583 Privatpersoneninsolvenzen. Gegen diesen Trend stemmen sich nur Norwegen mit einer deutlich rückläufigen Verbraucherinsolvenzentwicklung von minus 24,7 Prozent auf 1.077 Betroffene, Schweden mit einem Rückgang um 15,4 Prozent auf 385 Personen und die Niederlande mit einem Minus von 2,5 Prozent auf 3.227.

Auch bei der relativen Insolvenzbetroffenheit (Einwohnerzahl im Verhältnis zu den Privatpersoneninsolvenzen) befindet sich Deutschland mit einer Quote von 15 Insolvenzen pro 10.000 Einwohner im EU-Vergleich auf dem zweithöchsten Platz – getoppt nur von Großbritannien mit einer Insolvenzquote von 20. Die geringste relative Insolvenzbetroffenheit weisen die Länder Schweden (0,4), die Niederlande (2) und Norwegen (2) auf.

Das Zahlungsverhalten hat sich in den meisten betrachteten Ländern leicht verbessert. Nach wie vor warten die italienischen Unternehmer am längsten auf ihr Geld. Zahlungseingänge erreichen hier nach durchschnittlich 90 Tagen (Vorjahr: 89) ihren Empfänger. In Schweden zahlt man am schnellsten – innerhalb von 37 Tagen (Vorjahr: 37) ist die Forderung beglichen. Die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste nahm parallel zur Zahl der Unternehmensinsolvenzen ab. Verloren im Jahr 2005 noch 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte ihren Job, weil ihr Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste, sind es aktuell nur noch 1,4 Millionen.

Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen hat mit 35,3 Prozent (Vorjahr: 36,1 Prozent) das Dienstleistungsgewerbe, gefolgt vom Handel mit 33,4 Prozent (Vorjahr: 33,2 Prozent). Gut jede fünfte Insolvenz kommt aus dem Bau (22,2 Prozent; Vorjahr: 20,2 Pro-

zent) und noch nicht einmal jede zehnte aus dem Verarbeitenden Gewerbe (9,1 Prozent; Vorjahr: 10,5 Prozent).

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Osteuropa ist im Jahresverlauf um 8,1 Prozent auf 19.682 betroffene Betriebe angestiegen (Vorjahr: 18.215). Den deutlichsten Zuwachs verzeichnete Ungarn mit einem Plus von 18,3 Prozent auf 9.447 Insolvenzen (Vorjahr: 7.983). Den größten Rückgang meldet Slowenien – hier sanken die Insolvenzen um 9,9 Prozent auf 1.246 Betriebe (Vorjahr: 1.383). Polen nimmt in Sachen Insolvenzquote die Rolle des „Spaniens des Ostens“ ein. Lediglich 2 Insolvenzen pro 10.000 aktive Unternehmen sind eine völlig unglaubwürdige Quote und sprechen für ein nicht funktionierendes Insolvenzrecht. Die größte relative Insolvenzbetroffenheit weisen Slowenien und Estland mit jeweils 136 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen auf.

In Japan nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Verlauf des Jahres 2006 von ehemals 9.498 Fällen auf aktuell 7.905 Fälle ab. Die USA verzeichnen sowohl bei Unternehmens- als auch bei den Privatpersoneninsolvenzen deutliche Rückgänge, was an der Einführung der strengeren Konkursregelungen zum 17. Oktober 2005 liegt. Zuvor war es zu einem wahren Ansturm auf die Gerichte gekommen. Im Jahr 2006 meldeten 18.971 Unternehmen den Gerichten ihren wirtschaftlichen Exitus, was einem Rückgang von 51,6 Prozent entspricht (Vorjahr: 39.201). Bei den Privatpersonen beantragten im Jahr 2006 572.696 die Restschuldbefreiung. 2005 waren es noch 2.039.214 – das entspricht einem enormen Rückgang von 71,9 Prozent.

Neuss, 08. Februar 2007

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Anne Sahm, Telefon: (02131) 109-229

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2007, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der
Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese
Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgend-
einer Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten.
Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich.
Ausgenommen ist die journalistische und wissen-
schaftliche Verbreitung.*

Verzeichnis der Informationsquellen

Statistische Landesämter

| | |
|-----------------|--|
| Belgien: | Institut National des Statistique, Brüssel |
| Dänemark: | Danmarks Statistik, Kopenhagen |
| Deutschland: | Statistisches Bundesamt, Wiesbaden |
| Finnland: | Statistics Finland |
| Frankreich: | INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques |
| Großbritannien: | Office for National Statistics, London |
| Irland: | Central Statistical Office |
| Italien: | ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma |
| Luxemburg: | STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques |
| Niederlande: | Statistics Netherlands |
| Norwegen: | Statistics Norway |
| Österreich: | Österreichisches Statistisches Zentralamt |
| Portugal: | Instituto Nacional de Estatistica |
| Schweden: | Statistics Sweden |
| Schweiz: | Statistik Schweiz |
| Spanien: | Instituto Nacional de Estadistica |

Deutsche Auslandshandelskammern

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Brüssel
Deutsch-Finnische Handelskammer, Helsinki
Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen
Deutsch-Schwedische Handelskammer, Stockholm
Deutsche Handelskammer für Spanien, Madrid
Deutsch-Amerikanische Handelskammer, New York
Deutsche Industrie- und Handelskammer, Japan

Wirtschaftsinformationsunternehmen

atradius, Protecting your credit sales, div. Ausgaben
Centro Studi Confindustria, Rom
Creditinform, Oslo
Creditreform Italia, Modena
Creditreform Österreich, Wien
Creditreform Schweiz, St. Gallen
EuroCommerce, Brüssel
FEBIS Federation of Business Information Services, Amsterdam
FINSKA Suomen Asiakastieto Oy, Helsinki
Gerling Namur, Namur
Graydon Belgium N.V., Antwerpen

Graydon NL, Amsterdam
Graydon UK
ICAP, Griechenland
Intrum Justitia BV, Amsterdam
Experian Ireland Ltd., Dublin
Koebmandstanden, Kopenhagen
KSV Kreditschutzverband von 1870, Wien
Marsh, München
Moody's, Frankfurt/Main
OR Telematique, Paris
SCRL Observatoire des Entreprise
Society of Practitioners of Insolvency
Standard and Poor's, Frankfurt/Main
UC AB, Stockholm

Wirtschaftsinformationsstellen

Auswärtiges Amt, Länderberichte
Banco Bilbao v. Vizcaya, Spain
Banque Nationale de Belgique NBB, Bruxelles
BDI, Bundesverband der deutschen Industrie, Köln
BfAi Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln
BGA, Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, Berlin
BHF-Bank
Bronnoysundregistrene, Bronnoysund, Norwegen
Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
Bundesministerium für Finanzen
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Centre d'Observation (COE), Paris
Chambre de Commerce, Luxembourg
Department of Trade and Industry, London
DIHK, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EWIS, Top-Infos für die Wirtschaft, div. Länder, Koblenz
Institut der deutschen Wirtschaft e. V., Köln
Konjunkturforschungsstelle Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zürich
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris
The Insolvency Service, London
The World Bank Group, Paris
US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C.
WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

Publikationen

Auswärtiges Amt, diverse Länderberichte
Bayerische Landesbank, diverse Länderberichte
Bfai, Bundesagentur für Außenwirtschaft, „Einführung in das us-amerikanische Insolvenzrecht“, von Alexander von Hopffgarten
Deutsche Bundesbank; „Monatsberichte“, Frankfurt, 2004
„Die private Überschuldung im internationalen Vergleich – Trends, Probleme, Lösungsansätze“, Prof. Dr. Udo Reifner, Helga Springeneer
Diverse Zeitungs- und Zeitschriftenartikel
DTI, Departement of Trade and Industry UK
Grant Thornton International; European Business Survey, London
ifo – Wirtschaftskonjunktur
ifo Schnelldienst 9/2006: „Insolvenzen in ausgewählten OECD-Ländern – Umfang, Tendenzen, Gesetze“ von Rigmar Osterkamp
Institut der deutschen Wirtschaft; „iwd“, Köln, div. Ausgaben, 2004
U. Jahn, A. Sahm (Hrsg.): „Insolvenzen in Europa“, 4. Aufl., Economica-Verlag, Bonn, 2004
KfW-Research: „Die Bedeutung von Factoring und Leasing für die Unternehmensfinanzierung in Deutschland-eine Bestandsaufnahme“
Leaseeurope: „European Leasing Barometer, 15th Edition, September 2006“
Verbraucherzentrale Bundesverband: Schuldenreport 2006
ZInsO: „Einführung in das italienische Insolvenzrecht und seine Reform“, von Avvocato Roberta Correnti und Rechtsanwalt Robert Schulte-Frohlinde

Veröffentlichungen der EU

BACH-Datenbank
DEBA, Data for European Business Analysis, Luxemburg
European Network SME Research
KMU und Zugang zur Finanzierung, Beobachtungsnetz der europäischen KMU, 2003
Panorama europäischer Unternehmen
SME Access to finance, Flash Eurobarometer, Sept. 2005
Unternehmen in Europa, Eurostat

Creditreform-Geschäftsstellen in Osteuropa

Creditreform Eesti OÜ, Estland
Creditreform Latvija SIA, Lettland
Creditreform Lietuva UAB, Litauen
Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen
Creditreform k.s., Slowakei
Creditreform d.o.o., Slowenien
Creditreform s.r.o., Tschechien
Creditreform-Interinfo Kft., Ungarn